

Fachinformationen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes

Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e.V., Oranienburger Straße 13-14, 10178 Berlin, Telefon 030 24636-0, Fax 03024636110, E-Mail info@paritaet.org, Internet <http://www.paritaet.org>

»Ambulant vor stationär« setzt sich in der Eingliederungshilfe weiter durch

Im Laufe des Jahres 2008 erhielten nach Angaben des Statistischen Bundesamtes in Deutschland rund 1,2 Millionen Personen besondere Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch. Gegenüber dem Vorjahr stieg damit die Zahl der Empfänger besonderer Leistungen um 6,2 Prozent. Knapp 61 Prozent der Leistungsberechtigten erhielt die Eingliederungshilfe ausschließlich in voll- oder teilstationären Einrichtungen (1998: 74%), 33 Prozent ausschließlich außerhalb von Einrichtungen (1998: 25%). Gemäß dem gesetzlich festgelegten Grundsatz »ambulant vor stationär« haben sich die Anteile in den letzten Jahren kontinuierlich zugunsten der Leistungen außerhalb von Einrichtungen verschoben. Rund sechs Prozent der Leistungsberechtigten bezogen 2008 Leistungen der Eingliederungshilfe sowohl in als auch außerhalb von Einrichtungen. Im Jahre 2008 gaben die Träger der Sozialhilfe 11,2 Milliarden Euro netto für die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen aus. Mit einem Anteil von deutlich über der Hälfte (57%) an den gesamten Nettoausgaben der Sozialhilfe war die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen auch finanziell die mit Abstand bedeutendste Hilfeart im Rahmen der Sozialhilfe. Eine methodische Kurzbeschreibung der Erhebung und weitere Informationen zum Thema bietet die Website des Statistischen Bundesamtes.

Statistisches Bundesamt, Gustav-Stresemann-Ring 11, 65189 Wiesbaden, Telefon 0611 75-0, Fax 0611 753976, E-Mail info@destatis.de, Internet <http://www.destatis.de>

Freiwilliges Engagement in Deutschland stabil

Die Ergebnisse des 3. Freiwilligensurveys bestätigen: Jeder dritte Deutsche über 14 Jahren übt freiwillig oder ehrenamtlich eine Tätigkeit aus. Eine Steigerung des freiwilligen Engagements gab es in den letzten fünf Jahren bei den älteren Menschen: Sie engagieren sich immer stärker im Freiwilligendienst, insbesondere in den Bereichen Soziales, Pflege und Betreuung. Jugendliche sind laut des Freiwilligensurveys eine der zivilgesellschaftlich aktivsten

Gruppen und haben das größte Engagementpotenzial der Gesamtbevölkerung. Junge Menschen üben ihr Engagement zunehmend interessenbezogen aus, um sich durch ihr Engagement zusätzliche beruflich verwertbare Qualifikationen und Kompetenzen anzueignen. Kinder stellen eine Brücke in das Engagement dar. So engagieren sich junge Eltern immer öfter in Schulen, Kindergärten, Sport und Kultur. Im geschlechterspezifischen Vergleich zeigt der Freiwilligensurvey, dass die Engagementquote von Männern immer noch auffällig höher ist, als die von Frauen. Allerdings ist das weibliche Engagementspotenzial um rund zehn Prozent gestiegen. Der Freiwilligensurvey ist die größte aktuelle Untersuchung zur Zivilgesellschaft und zum freiwilligen Engagement in Deutschland. Er wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Auftrag gegeben und seit 1999 alle fünf Jahre zur Verfügung gestellt. Eine achtseitige Zusammenfassung kann kostenlos als PDF-Dokument von der Website des Bundesfamilienministeriums heruntergeladen werden. Die Veröffentlichung des Gesamtberichts ist für Juni dieses Jahres geplant.

Internet <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Internetredaktion/Pdf-Anlagen/freiwilligensurvey-3,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,wb=true.pdf>

Jeder vierte Jugendliche lebt in einer alternativen Familienform

Immer mehr junge Menschen in Deutschland wachsen in »alternativen« Familienformen auf. Im Gegensatz zu Ehepaaren mit Kindern werden hierunter Lebensgemeinschaften mit Kindern sowie alleinerziehende Mütter oder Väter mit ihren Kindern gezählt. Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, lebten im Jahr 2008 rund 842.000 (25%) der insgesamt 3,4 Millionen Jugendlichen zwischen 14 und 17 Jahren bei Alleinerziehenden oder Lebensgemeinschaften. Im Jahr 1996 waren es noch 600.000 oder 17% der damals 3,6 Millionen Jugendlichen gewesen. Nach wie vor wachsen Jugendliche jedoch am häufigsten in traditionellen Familienformen auf: 2008 zogen Ehepaare immer

noch 75% (2,6 Millionen) der Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren groß.

Statistisches Bundesamt, Gustav-Stresemann-Ring 11, 65189 Wiesbaden, Telefon 0611 75-0, Fax 0611 753976, E-Mail info@destatis.de, Internet <http://www.destatis.de>

40.000 Vollzeitstellen in Kindertagesstätten nötig

Bis zu 40.000 zusätzliche Vollzeitstellen für Erzieherinnen und Erzieher in Kindertagesstätten sind nötig, um den geplanten Ausbau der Kinderbetreuung bis 2013 zu realisieren. Das schreibt die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion. Hinzu kommt ein Bedarf von 25.000 Tagespflegepersonen, heißt es in dem Schreiben weiter. Die Aus- und Fortbildung der pädagogischen Fachkräfte in der Kindertagesbetreuung sei deshalb ein »Schlüsselkriterium für die Qualitätsentwicklung in der Praxis«, schreibt die Regierung. Es werde nötig sein, zusätzliche Ausbildungskapazitäten an Fachschulen zu schaffen und die fröhlpädagogischen Studiengänge einzubeziehen, um einen guten Qualitätsmix in den Einrichtungen zu erreichen. Entscheidend sei jedoch auch, das Berufsfeld der Erzieher durch bessere Rahmenbedingungen aufzuwerten und für eine höhere gesellschaftliche Anerkennung zu sorgen, führt die Regierung aus. In diesem Zusammenhang wolle sie die bisher deutlich unterrepräsentierten Männer in diesem Berufszweig aktivieren. Unabhängig von der Finanzlage der Kommunen steht die Bundesregierung zu der 2007 zwischen Bund, Ländern und Kommunen getroffenen Vereinbarung, bis 2013 rund 750.000 Betreuungsplätze für unter Dreijährige zu schaffen. Das schreibt die Bundesregierung unter Verweis auf Presseberichte über die desolate Finanzlage der Kommunen. Es sei Aufgabe der Länder, dafür zu sorgen, dass die vom Bund für den Ausbau bereitgestellten vier Milliarden Euro auch tatsächlich den Kommunen und Trägern zur Verfügung gestellt werden. Der Wortlaut der Antwort der Bundesregierung steht auf der Website des Deutschen Bundestags kostenlos als PDF-Datei zur Verfügung.

Internet <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd-17/007/1700714.pdf>

Aus für Integrationsfachdienste befürchtet

Die Neufassung des Vergaberechts gefährdet nach Ansicht der Vorsitzenden der Bundesarbeitsgemeinschaft Unterstützte Beschäftigung, Angelika Thielicke, den hohen Standard der Arbeitsvermittlung und Begleitung schwerbehinderter Arbeitnehmer und schränkt Leistungen für Arbeitgeber ein. Bisher habe das Sozialrecht eine freihändige Vergabe der Leistungen der 238 Integrationsfachdienste ermöglicht, dies könne sich durch die Novellierung des Vergaberechts (VOL/A Ende 2009) ändern. Bei einer Ausschreibungspraxis sei zu befürchten, dass sowohl kompetentes und erfahrenes Personal als auch die verlässlichen regionalen betrieblichen Kooperationsstrukturen zerschlagen werden. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Unterstützte Beschäftigung fordert alle Entscheidungsträger in Politik und Verwaltung auf, sich für eine weiterhin mögliche freihändige Vergabe einzusetzen und die entsprechenden neuen rechtlichen Regelungen auf den Prüfstand zu stellen, um dadurch die Qualität in der Arbeit für Arbeitgeber und Menschen mit Behinderungen zu sichern.

Bundesarbeitsgemeinschaft für Unterstützte Beschäftigung (BAG UB), Schulterblatt 36, 20357 Hamburg, Telefon 040 4325312-3, Fax 040 43253125, E-Mail info@bag-ub.de, Internet <http://www.bag-ub.de>

»Es ist normal, verschieden zu sein«

Das Erleben psychose- und depressionserfahrener Menschen allgemeinverständlich darstellen will die Broschüre »Es ist normal, verschieden zu sein«. Erreicht werden soll dadurch, dass künftig die Betroffenen selbst und ihr Erleben ernst genommen werden. Wie unterschiedlich insbesondere Psychosen erlebt werden können, verdeutlichen die Sprachbilder und die zitierten Aussagen betroffener Menschen. Die Erfahrung lehrt, so das Vorwort der Veröffentlichung, dass nicht die medikamentöse Verdrängung, sondern allein die in ihren Zusammenhängen zu vorausgegangenen Lebenskrisen verstandenen Inhalte der Psychosen und Depressionen echte Heilung ermöglichen. Herausgegeben wird die Schrift von verschiedenen Psychiatrieorganisationen, unter anderem dem Bundesverband Psychiatrie-Erfahrener, des Dachverbands Gemeindepsychiatrie und der Deutschen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie. Die 36-seitige Broschüre

ist kostenfrei auf der Website der Landesarbeitsgemeinschaft Psychiatrie-Erfahrener Niedersachsen e.V. abrufbar.

Internet http://www.lpen-online.de/pdf/es_ist_normal_verschieden_zu_sein.pdf

Strafvollzug braucht

»Übergangsmanagement«

Die Fachkommission »Optimierung der ambulanten und stationären Resozialisierung in Hamburg« hat ihren Abschlussbericht übergeben. In der Kommission haben unter Vorsitz von Prof. Dr. Bernd Maelicke insgesamt zwölf Expertinnen und Experten als Vertreter der Resozialisierungsorganisationen eine detaillierte Bestandsaufnahme der rechtlichen, konzeptionellen, organisatorischen, personellen und finanziellen Rahmenbedingungen der ambulanten und stationären Resozialisierung in Hamburg vorgenommen. Auf dieser Grundlage wurden über 100 praxistaugliche Vorschläge und Empfehlungen zur mittel-, kurz- und langfristigen »Systemoptimierung« vorgelegt. Das bundesweit feststellbare »Entlassungsloch« stellt auch in Hamburg den zentralen Systemmangel dar. Die meisten Vorschläge betreffen deshalb eine grundlegende Reform und Weiterentwicklung des Übergangsmanagements in enger Kooperation insbesondere der Justizvollzugsanstalten, der Bewährungshilfe und Führungsaufsicht, des Fachamtes Straffälligen- und Bewährungshilfe und der Freien Straffälligenhilfe. Mit einem Rückgang der Gefangenenzahlen seit 2003 um 40 Prozent ist Hamburg Vorreiter der demografischen Entwicklung, die strukturell auch in den anderen Bundesländern zu ähnlichen Notwendigkeiten von Reformen führen wird. Es ergibt sich so die Chance, durch Veränderungen der rechtlichen, konzeptionellen, organisatorischen, personellen und finanziellen Rahmenbedingungen die Resozialisierungserfolge zu steigern und insbesondere in den ersten sechs Monaten nach der Entlassung die Rückfallquoten zu senken. Der 113-seitige Bericht steht im Internet kostenlos zum Herunterladen zur Verfügung.

Internet <http://www.hamburg.de/contentblob/2165026/data/resozialisierung-abschlussbericht-der-fachkommission.pdf>

Paritätischer fordert Ausbau der Schuldnerberatung

Angesichts des dramatischen Ausmaßes der Überschuldung von privaten Haushalten fordert der Paritätische Wohlfahrtsverband einen deutlichen Ausbau der Schuld-

nerberatung in Deutschland. Bereits jetzt seien drei bis vier Millionen Haushalte in Deutschland überschuldet. Die große Mehrheit der Haushalte gerate unverzuschuldet in Not. Das belege der Schuldenreport 2009, den der Paritätische mit anderen Verbänden erstellt habe. Der Paritätische kritisierte in diesem Zusammenhang, dass es noch immer noch keinen gesetzlichen Anspruch auf ein Bankkonto gebe. Seit vierzehn Jahren habe es die Kreditwirtschaft nicht vermocht, die Selbstverpflichtung für ein »Girokonto für jedermann« durchzusetzen.

Paritätischer Wohlfahrtsverband — Gesamtverband e. V., Oranienburger Straße 13–14, 10178 Berlin, Telefon 030 24636-0, Fax 030 24636110, E-Mail info@paritaet.org, Internet <http://www.paritaet.org>

Nicht nach Schema F



Die Psychotherapie hat in den letzten Jahren gute Modelle zum Verständnis und der Behandlung von negativen Interaktionsmustern entwickelt, insbesondere die kognitive Therapie, die klärungsorientierte Psychotherapie und die Schematherapie sind in dieser Hinsicht zu nennen. Die Schemapädagogik transferiert Prinzipien und Strategien dieser Therapien und passt sie den Bedingungen an, die in psychosozialen und sozialpädagogischen Arbeitsfeldern vorherrschen. Es wird davon ausgegangen, dass psychosoziale Probleme von Klienten in ihrem Umgang mit sich selbst und anderen hauptsächlich durch nachteilige Muster (»Schemata«) mit biografischem Hintergrund verursacht werden. Schemapädagogen realisieren eine spezielle komplementäre Beziehungsgestaltung, thematisieren gemeinsam mit dem Klienten nachteilige Persönlichkeitsfacetten (»Schemamodi«) und unterstützen ihn beim Transfer der erarbeiteten Lösungen in den Alltag; dadurch werden dysfunktionale Muster dauerhaft verändert. In diesem Buch werden schemapädagogische Methoden für soziale Arbeitsfelder beschrieben, beispielsweise Schulsozialarbeit, Paarberatung, Sozialpädagogische Famili-

lienhilfe, Erziehungsberatung, Strafvollzug, Bewährungshilfe und Streetwork.

Marcus Damm: Praxis der Schemapädagogik. Schemaorientierte Psychotherapien und ihre Potenziale für die psychosoziale Arbeit. Verlag ibidem, Stuttgart 2010. Ca. 240 Seiten. 24,90 Euro. ISBN 978-3-8382-0040-8.

Psychiatrisches Alphabet



Wer sich von Wörterbüchern faszinieren lässt, dem Wörterbuch der deutschen Sprache, dem Wörterbuch der übernommenen Ideen (Haffmans-Verlag, 1987), Joachim Heinrich Campes Bilder-

Abeze (1806, Insel-Verlag 1975), der mag sich auf dieses einlassen: Von A wie Aufrichtigkeit bis Z wie Zuverlässigkeit geben 26 kurze Texte, zunächst erschienen als Kolumnen einer Psychiatrie-Zeitschrift in Holland, kalendergeschichtenartig Denkanstöße aus dem ganz und gar nicht nur psychiatrischen Alltag. Der Autor war Ärztlicher Direktor des Landeskrankenhauses Merzig, betrieb in 20 Jahren dessen Auflösung und parallel den Ausbau gemeindepsychiatrischer Versorgungsangebote und blieb danach Chefarzt der neu eingerichteten Psychiatrie am Merziger Allgemeinkrankenhaus. Kunst und Psychiatrie ist eines seiner beruflichen Lebensthemen. Jeder in der Psychiatrie Tätige kann psychiatrische Alphabete buchstabieren, von A wie Angst bis Zorn und sonstige Zumutungen. Verachten, verbrennen, vergiften, erkennen, verletzen, verzweifeln und wieder Mut schöpfen. Zagen, zaudern, zögern, Zweifel und Zukunft. Die nur 26 Buchstaben unseres Alphabets eröffnen eine Schatzkiste. Übrigens auch für Schreibwerkstätten. Das psychiatrische Alphabet ist ein leises, verstörendes, sehr persönliches Büchlein, im Taschenformat zum Schmökern. Der Verfasser zu seiner Entstehungsgeschichte: Er habe eine Artikelserie übernommen, eben das psychiatrische Alphabet, »in dem ich alles das darstellen wollte, was notwendig ist, um das Leben menschlicher zu machen«. – Erika Sandler

Wolfgang Werner: Psychiatrisches Alphabet. Paranus-Verlag, Neumünster 2009. 80 Seiten. 9,80 Euro. ISBN 978-3-940636-05-8.

Kennzahlen

»Ohne Zahl kann die Vielheit der Dinge nicht bestehen; denn ohne Zahl gibt es keine Unterscheidung, Ordnung, Proportion, Harmonie.«

Nikolaus von Kues, deutscher Philosoph
(1401–1464)

153.251

Zahl der in Deutschland zugelassenen Rechtsanwälte (Stichtag 1. Januar 2010)

130.698

Zahl der Menschen, in im Jahre 2009 in Deutschland »Verbraucherinsolvenz« (Insolvenzordnung § 304 ff.) angemeldet haben

5

Anzahl der Einwohner im kleinsten Dorf Deutschlands (Wiedenborstel in Schleswig-Holstein)

67

Anzahl der Buchstaben des längsten deutschen Wortes in der Duden-Datenbank (»Grundstücksverkehrsgenehmigungszuständigkeitsüberwachungsverordnung«)

712.513

Zahl der Menschen, die im Laufe des Jahres 2008 in Deutschland Eingliederungshilfe (SGB XII) bekamen

2,6

Zahl der Menschen, um die die Weltbevölkerung statistisch gesehen jede Sekunde wächst (d. h. rund 83 Millionen Menschen jährlich, was der Einwohnerzahl Deutschlands entspricht)

1.692.195.312.576

Betrag in Euro der Schulden öffentlicher Haushalte in Deutschland am Jahresende 2009